

Nicht mal die Kirche bleibt im Dorf

Überalterung und schwindende Bevölkerung verlangen nach Maßnahmen

Die Innenstädte bluten aus, ganze Stadtviertel veröden, nicht einmal die Kirche bleibt im Dorf. Fast die Hälfte ihrer Gotteshäuser, so schätzte jüngst die Evangelische Kirche, ist in Zukunft entbehrlich und soll verkauft werden. Der demographische Wandel schlägt in den nächsten Jahren unbarmherzig zu: Deutschland hat bei schrumpfender Bevölkerungszahl immer weniger Kinder und immer mehr ältere Menschen.

Die Statistiker nennen die Zahlen. Seit 1972 sterben in Deutschland mehr Menschen als geboren werden. Pro Generation nimmt die Zahl der Neugeborenen um ein Drittel ab. Der Anteil der über 75-Jährigen steigt in NRW von jetzt 1,2 auf 1,8 Millionen im Jahr 2040. Das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern liegt derzeit bei 100 zu 44, bis 2040 wird es sich auf 100 zu 63 und im Jahr 2050 auf 100 zu 78 steigern. Zwischen Rhein und Weser werden gut eine Million Menschen weniger leben. Das sind die unabänderlichen Fakten.

ABWANDERUNG

Die Prognostiker beschreiben die Folgen. Die großen Städte verlieren, der ländliche Raum gewinnt. Dabei kann man am Ruhrgebiet wie in einem Zukunftslabor erkennen, was sich in 25 Jahren in den anderen Regionen des Landes abspielt. In Essen etwa sind schon heute 96.000 Einwohner unter 17, aber 163.000 über 60 Jahre. Das deutsche Nord-Süd-Gefälle verstärkt sich. Junge qualifizierte Arbeitskräfte wandern an die Isar ab. Vor kurzem hat die Untersuchung eines Wirtschaftsforschungsinstituts für diese Schlagzeile beim „Städte-Ranking“ gesorgt: „Ost-Städte ziehen am Ruhrgebiet vorbei. München hat die besten Perspektiven. Leipzig steigt auf. Essen rutscht ab.“ Zurück bleiben dann die vier „A“: Alte, Arbeitslose, Ausländer, Arme.

Natürlich liegen auch Chancen im Wandel. Ältere Menschen haben meist ein wenn auch bescheidenes Vermögen aufgehäuft. Die „Seniorenwirtschaft“ wird sich entfalten und Impulse geben. Weniger Menschen bedeutet auch, dass weniger Energie, weniger Güter produziert und verteilt werden müssen: Ver-

stopfte Innenstädte und Staus auf den Straßen werden seltener. Die Lebensqualität steigt also. Die Immobilienpreise sinken. Im Wohnungsbau tritt an die Stelle der Quantität die Qualität. Der Umbau zum altersgerechten Wohnen kostet Geld – und schafft oder sichert Arbeitsplätze.

Trotzdem: Bei den Politikern müssen die Alarmglocken schrillen. Die mit der schwindenden Bevölkerung verbundene Umwälzung schreit nach Gestaltung. Wenn sich der Wohlstand in naher Zukunft auf ein paar (meist im Süden gelegene) Zentren konzentriert, was geschieht dann mit dem Rest? Trennt sich Deutschland auch geographisch immer deutlicher in Arm und Reich? Was wird aus dem Verfassungswunsch nach Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet? Und in Sachen NRW: Verdient es dieses Land, das mit seiner Montanindustrie für Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in ganz Deutschland gesorgt hat, an den Rand gedrängt zu werden?

Das sind Fragen, die zwischen Düsseldorf, Berlin und den anderen Bundesländern zu klären sind. Bis zu – eventuellen – Ergebnissen kann niemand vor Ort die Hände in den Schoß legen. Schon heute ist eine Menge zu tun – und das wird getan. In Bielefeld zum Beispiel hat der Rat die erste Beauftragte für Demographie ernannt. Die Uni Bielefeld ist schon seit 20 Jahren Ort für demographische Forschung und Lehre. In Essen gibt es eine „Bleibepremie“ für junge Familien. Überall im Land werden Bau- und Planungssünden der Vergangenheit angegangen. Instandsetzung, Modernisierung und Mieterprivatisierung sind die Schlagworte. Selbst vor Abriss schreckt man nicht zurück – wenn auch in wesentlich geringerem Umfang als bei den Plattenbauten im Osten der Republik.

LÖSUNGEN

Wie das Ruhrgebiet darf auch ganz NRW nicht zur Abstiegsregion und zum Altersheim werden. Der Kampf gegen Verwahrlosung, Verelendung und Verödung ist überall und von allen zu führen. Lokalpolitiker, Beteiligte und Betroffene versammeln sich am „runden Tisch“ und suchen nach ganz eigenen Lösungen. Initiative und Ideen sind gefragt. Auf Fördergelder vom Land allein will (und kann) sich dabei keiner verlassen. „Staatsknete“ gibt es zwar („Stadtumbau West“), aber sie allein ist nicht in der Lage, Engagement und Zivilcourage vor der eigenen Haustür zu ersetzen. JK

